



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gepaltene Pettzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Die deutsche Wirtschaft und die Arbeiter.

Ein Jahr ist seit Annahme des Londoner Abkommens verstrichen, wobei die Deutschnationen im Reichstag eine wenig rühmliche, dafür um so beschämendere Rolle spielten. Die damals von ihnen aufgeführte Komödie findet ihre Wiederholung bei den Vereinbarungen von Locarno — wenn nicht alles trägt, mit dem gleichen Schlußsat. Im Hinblick auf die nicht mißzuverstehende Erklärung der großindustriellen und großagrarischen Geldgeber der Rechtsparteien für Locarno sowie der drohenden Gefahr, im Falle einer Reichsauslösung die Ablehnung des Vertragswerkes vor dem deutschen Volke verantworten zu müssen, werden die deutschnationalen Kaufleute kaum den Mut aufbringen, bei ihrer absehbaren Haltung zu verharren. Es würde ihnen auch schwerlich gut bekommen! Ein Anlaß zur Ablehnung ist weder vom politischen noch wirtschaftlichen Standpunkte aus gegeben. Locarno bedeutet zweifellos nach beiden Richtungen einen Fortschritt, der zwar keine Verringerung des Versailler Vertrags bringt, wohl aber den Versuch, ihn zu revidieren, ohne seine Urheber als politische und ökonomische Stümper bloßzustellen. Darüber hinaus bedeutet das Ergebnis der Verhandlungen von Locarno den Abschluß eines zehnjährigen Krieges. Europa — mit ihm Deutschland — soll endlich den Frieden erhalten, den es für die Wiederaufrichtung seiner wirtschaftlichen Beziehungen so notwendig braucht.

Die Grundlage der in Locarno erzielten Verständigung bildet das von nationaler Seite auf das bestmögliche bekämpfte Londoner Abkommen. Es ist nicht zu bestreiten, daß dieses Abkommen dem deutschen Volke eine schwere Belastung und eine starke Beschränkung seiner Souveränität brachte. Doch darf nicht außer acht gelassen werden, daß ohne die in London herbeigeführte Verständigung die Belastung der deutschen Wirtschaft eine noch viel größere und die Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes eine noch viel eingeschränktere gewesen wäre. Demgegenüber ist die stattgefundenen Reparationsregelung in Verbindung mit der gewährten Anleihe und der zugehenden Atempause als ein wesentlicher Vorteil anerkennen, durch den die deutsche Wirtschaft wieder Raum für freie Betätigung und Entfaltung ihrer produktiven Kräfte gewann. Wie erheblich der so erzielte Fortschritt ist, zeigt die Steigerung der deutschen Ausfuhr von 444,6 Millionen Goldmark im Monatsdurchschnitt des Jahres 1923 auf 712 Millionen Goldmark in den ersten neun Monaten des Jahres 1925. Die Zunahme beträgt rund 64 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1913 bleibt hiernach die deutsche Ausfuhr nur noch um 17 Prozent zurück. In Wirklichkeit ist der Unterschied freilich größer, weil man das Sinken des Geldwertes berücksichtigen muß. Gleichwohl steht fest, daß sich in den letzten zwei Jahren die Produktionsfähigkeit Deutschlands erheblich gebessert hat und der von 1913 kaum noch nachsteht. An dieser Besserung ist die Industrie wie die Landwirtschaft in gleichem Maße beteiligt.

So erfreulich diese Tatsache erscheint, so muß doch auch festgestellt werden, daß der vorhandene Produktionsapparat nicht annähernd bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt wird. Von den Unternehmern wird diese Tatsache nicht bestritten, jedoch behauptet, daß die Ausnützung des Produktionsapparates verhindert werde durch den Mangel an Betriebskapital, der hohen Zinsbelastung, den übermäßigen Steuerdruck, die unerträglichen sozialen Aufwendungen und die zu hohen Löhne der Arbeiter. Hierdurch wird die Produktion übermäßig verteuert und zu Preisen gezwungen, denen die Kaufkraft der Bevölkerung nicht gewachsen sei. Diese Behauptungen sind fast allfällige Klagen der deutschen Wirtschaft unter Kapitalmangel leidet, der die Produktion behindert. Zum nicht geringen Teil ist dieser Mangel aber von den Industriellen selbst, zum andern durch die verfehlte Kreditpolitik der Reichsbank unter Hansenstein verschuldet worden. Die Industriellen, nicht minder die Großagrarien waren es, die während des Krieges jene verhängnisvolle Steuerpolitik Heffersichs zur Schonung des Bestandes unterstützten, die in ihren Folgen zum Zusammenbruch der deutschen Währung führten mußte. Und die gleichen Kreise süßten sich nicht veranlaßt, den Anfängen dieses Zusammenbruchs — der aufdringlichen Inflation — rechtzeitig entgegenzutreten, so nachdrücklich es auch die Sozialdemokratie forderte. Im Gegenteil trieben die dieselbe immer weiter voran, weil sie ihnen durch die bald einsetzende Frucht in die Schwärze ungeheure Gewinne brachte. Damit verfiel jedoch das für die Produktion bestimmte Kapital der Investierung — es wurde Substanz — und ging als Betriebskapital verloren. Industrielle wie Großagrarien beklagen — beklagen durch ihre Raffgier — nicht den Weltstillstand, daran zu denken, daß eine Zeit kommen könnte, wo sie wieder flüssiges Kapital zur Zahlung von Löhnen und Zinsen zum normalen Wert brauchen würden. Den jetzt bestehenden Kapitalmangel durch Zinsherabsetzung, Steuerentlastung oder Herabsetzung der Löhne und

Gehälter zu beseitigen, ist ausgeschlossen. Die Höhe des Zinses läßt sich nicht willkürlich beeinflussen, sondern hängt von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt ab. Ueber eine übermäßige Steuerbelastung können sich Industrielle und Großagrarien wahrlich nicht beklagen, denn hierin werden sie durch die bestehende Steuererhebung in mehr wie wohlwollender Weise zum Schaden der arbeitenden Massen begünstigt. Und die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer sind in Deutschland noch immer so niedrig, daß ihre Herabsetzung nicht stattfinden darf. Genauso wenig ist an eine Reduzierung der sozialen Aufwendungen zu denken, die — soweit die Leistungen auf den einzelnen Fürsorgebedürftigen in Betracht kommen — noch weit hinter den Friedensstellungen zurückstehen. Eine Besserung der Verhältnisse, wie die Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise, ist nur auf dem Wege möglich, daß die deutsche Produktion besser und zweckmäßiger organisiert wird, die bestehende Ueberorganisation der Produktion und

### Sind weitere Lohnsteigerungen wirtschaftlich tragbar?

Eines der Hauptargumente für den Widerstand der Unternehmer gegen die Zahlung von der Teuerung angemessenen Löhnen bildet bekanntlich die immer wiederkehrende Behauptung: „Die Lohnsteigerung sei für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar, da die Lohnkurve in ihrer Entwicklung der Wirtschaftskurve nicht angepaßt sei.“ Mit anderen Worten, das Unternehmertum behauptet, die ungewöhnlich hohen inländischen Preise seien durch die Lohnsteigerungen begründet und seien jetzt auf einer Stufe angelangt, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf den ausländischen Märkten gefährdet sei. Da kommt eine Untersuchung des Prof. Hermsberg in der „Sozialen Praxis“ über die Lohnanwendungen, die das deutsche und das ausländische Unternehmertum zu machen hat, gerade recht, um statistisch nachzuweisen, wie falsch die oben erwähnte unternehmerische Behauptung ist. Da es sich um eine Untersuchung über die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren handelt, so ging die Untersuchung vom Lohn als Kosten element aus. Die Frage, welche Kaufkraft der jeweilige Lohn hat, kommt also nicht in Betracht, vielmehr gilt es nur, die Frage zu beantworten, wieviel der deutsche Unternehmer im Verhältnis zu seinen ausländischen Konkurrenten an Lohn aufzuwenden hat.

Die Untersuchung stützt sich fast ausschließlich auf amtliches Material und kommt zu folgenden interessanten Ergebnissen:

	1914	1924/25	Steigerung gegenüber 1914
England . . . . .	100 Proz.	200 Proz.	90—100 Proz.
Holland . . . . .	100 "	etwa 300 "	200 Proz.
Dänemark . . . . .	100 "	194 "	94 "
Schweden . . . . .	100 "	253 "	153 "
Frankreich . . . . .	100 "	154 "	54 "
Italien . . . . .	100 Proz.	etwa 195 Proz.	95 Proz.
Ver. Staaten . . . . .	100 "	232 "	132 "
Deutschland ungelernete Arbeiter	100 "	145 "	45 "
gelernete Arbeiter	100 "	158 "	58 "

Diese einwandfreien Zahlen über die Lohnsteigerungen in den hauptsächlichsten Industrieländern zeigen, daß die Lohnsteigerung in Deutschland prozentual am geringsten ist. Und daß die Behauptung der Unternehmer, die deutsche Industrie sei durch die „hohen Löhne“ am Weltmarkt konkurrenzunfähig geworden, weiter nichts als eine unbewiesene Behauptung ist. Ist aber die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt wirklich konkurrenzunfähig, so liegt das nicht an den „hohen Löhnen“, sondern an der irrationalen deutschen Betriebsweise, dem Verfall und anderem. Im Innenmarkt hilft dem deutschen Unternehmertum ihre preisverteuernde Kartellpolitik, auf dem Weltmarkt aber entsetzlichen Wirtschaftsführer-Qualitäten. Von der Entwicklung solcher Qualitäten hängt aus engste die Weltmarktkonkurrenzfähigkeit ab und nicht von Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung.

### Reichsgesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung.

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf vor, der die Erwerbslosenversicherung in eine selbständige Arbeitslosenversicherung umwandeln will (Reichsarbeitsblatt Nr. 34). Versuche, ein solches Gesetz zu schaffen, sind bereits zweimal unternommen worden. Der erste Entwurf, 1920 vorgelegt, wurde alsbald zurückgezogen, weil er zuviel Widerspruch fand, während der zweite 1922 wegen der Inflation nicht beraten wurde.

Der gegenwärtige Entwurf mit seinen 179 Paragraphen birgt eine solche Fülle von Material, daß man im Rahmen eines Zeitungsartikels unmöglich auf alles eingehen kann, wenigstens der Inhalt des Entwurfs äußerst wichtig ist. Soll doch das zu beschließende Gesetz über Rechte und Pflichten derjenigen entscheiden, die infolge einer von uns nicht zu billigenen Wirtschaftsform arbeitslos werden und am härtesten getroffen werden. Sache unserer Vertreter im Parlament und in der Hauptsache der Gewerkschaften wird es sein, rechtzeitig diesen Entwurf durchzuarbeiten, damit er so gestaltet wird, daß er dem jetzigen Zustande gegenüber wirklich als ein Fortschritt bezeichnet werden kann. Nachstehend einiges über die Hauptbestimmungen des Entwurfs.

Als Unterfertigung kommt zunächst die Hauptunterfertigung in Betracht. Daneben können noch Familienzuschläge für Angehörige bezogen werden. Ihre Höhe be-

## Solidarität

**Im Kampf ums Recht seid solidar,  
Daß euch das Unrecht nicht vernichtet.  
Ein Sklave bleibt der Proletar,  
Der ängstlich auf sein Recht verzichtet.  
Steht wie die Mauer Mann bei Mann,  
Will auch die Willkür euch bezwingen,  
Wer bis zuletzt nicht kämpfen kann,  
Wird nie den Gegner niederringen.**

**Nur durch die Solidarität  
Läßt sich ein hohes Ziel erreichen.  
Sie ist des Kämpfers Kampfgebiet,  
Sie ist der Arbeit Siegeszeichen,  
Sie ist das leuchtende Gejstern,  
Das euch aus Nacht und Elend rettet  
Und euch auf dem besonnenen Firm  
Des Rechtes und der Freiheit bettet.**

Victor Kallnowski

die damit verbundenen Verläufe aufhören. Dem stehen die Kartellpolitik der Industriellen sowie die Schutzzölle entgegen. Solange hier keine Verringerung erfolgt, steht eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in Aussicht. Das Unternehmertum denkt nur an die ihm aus der Kartell- und Schutzzölle zustehenden Vorteile; die daraus für die deutsche Wirtschaft entstehenden Nachteile werden nicht berücksichtigt. Um so mehr fällt den Arbeitern die Aufgabe zu, den kapitalistischen Raubbau an der deutschen Volkswirtschaft zu bekämpfen.

Die in Locarno zustande gekommenen Verträge haben keinen ökonomischen, sondern einen ausgeprägten politischen Charakter. Das hindert nicht, daß die erzielte Verständigung auch wirtschaftliche Auswirkungen haben wird. Diese können und werden nicht ausbleiben, weil die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse für alle europäischen Staaten untragbar geworden sind. Selbst in den Vereinigten Staaten besteht keine Neigung, der gegenseitigen Abschließung der europäischen Staaten durch hohe Schutzzölle, die die Dauer latentos zuzugestehen und in nicht mißzuverstehender Weise werden bereits Gegenmaßnahmen angebroht. Nach den Versicherungen der Reichsregierung sollen die vor kurzem neu festgesetzten Schutzzölle vor allem Verhandlungszölle sein. Das muß festgehalten und dahin gestrebt werden, daß Regierung wie Reichstag eine stärkere Bereitschaft zeigen, bei den Handelsvertragsverhandlungen vom Ausland nicht nur Zollermäßigungen zu fordern, sondern selbst solche in dem Umfange zuzugestehen, als es die beiderseitigen Interessen verlangen. Die bisherigen Erfolge der Handelsvertragsverhandlungen sind wenig befriedigend. Es wird Zeit, daß sie besser werden! Unter der Unsicherheit der gegenwärtigen Wirtschaftslage hat vor allem die deutsche Arbeiterkraft zu leiden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben in erheblichem Umfange zugenommen. Es fehlt nicht an Ver suchen der Unternehmer, die hieraus entstehende Notlage der Arbeiter zur Herabdrückung der Löhne und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunutzen. Der geschlossene Widerstand der organisierten Arbeiterkraft hat diese Bemühungen vereitelt und wird sie auch in der Folge scheitern lassen.

nicht sich nach dem Arbeitslohn. Man hat zu diesem Zweck fünf Einheitslohnstufen vorgesehen. Klasse 1: 10 Mk., Klasse 2: 15 Mk., Klasse 3: 25 Mk., Klasse 4: 35 Mk., Klasse 5: 40 Mk. Als Hauptunterstützung werden 40 Proz. des Einheitslohnes gewährt, für jeden zuschlagspflichtigen Angehörigen 5 Proz. Familienzuschlag, doch darf die Hauptunterstützung mit der Familienunterstützung zusammen nicht mehr als 65 Proz. des Einheitslohnes betragen.

Die Aufbringung der Mittel hierzu geschieht durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen. Sie dürfen nicht mehr als 2 Proz. des Grundlohnes betragen. Gegenwärtig werden je 1/2 Proz. erhoben. Sie sind als Zuschlag zu den Krankentagebeiträgen zu entrichten.

Weiter besteht die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung für diejenigen, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden. In diesem Falle hat der Betreffende die Beiträge allein zu zahlen. Im Entwurf ist ferner festgelegt, daß Arbeitslosenunterstützung keine öffentliche Armenunterstützung ist.

Wenngleich der Entwurf dem jetzigen Zustande gegenüber eine Besserung in bezug der Höhe der Unterstützung darstellt, so muß man die Leistung trotzdem noch als ungenügend bezeichnen.

Anspruch auf Unterstützung hat, wer arbeitsfähig und arbeitswillig ist, und unfreiwillig arbeitslos wird. Wer seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet oder wer sich weigert, ohne berechtigte Gründe, die im Entwurf einzeln angeführt sind, Arbeit anzunehmen, auch wenn sie außerhalb seines Wohnortes angetreten werden soll, oder sich weigert, einer Berufsausbildung zu unterziehen, bekommt innerhalb der nächsten vier Wochen keine Unterstützung.

Gegen diese Fassung müssen erhebliche Bedenken erhoben werden. Der Begriff „wer seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet hat, bekommt keine Unterstützung“, wird sich immer zumungunsten des Arbeiters auswirken, dazu haben wir wieder Beispiele. Sind doch selbst Entlassungen, die in der Tätigkeit eines Betriebsrates begründet sind, als Selbstverschulden von der Arbeitslosenversicherung angezählt worden.

Weiter muß die im Entwurf vorgesehene Sonderbestimmung für Arbeiter unter 21 Jahren und langfristige Erwerbslose beanstandet werden. Für diese ist die Gewährung von Unterstützung von einer gewissen Arbeitsleistung abhängig. Das ist die Wiedereinführung der Pflichtenarbeit. Wenngleich im Entwurf diese Arbeiten an gewisse Voraussetzungen gebunden sind, wissen wir doch zur Genüge, daß davon nur in seltenen Fällen loyal Gebrauch gemacht wird.

Die in § 53 festgelegte Wartezeit zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung, hat infolgedessen eine Verschlechterung erfahren, als innerhalb von zwölf Monaten eine Zwangsliche versicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen werden muß (früher 13 Wochen). Hier kann man jetzt schon behaupten, daß viele infolge dieser Verschlechterung keine Unterstützung beziehen können.

Eine weitere Verschlechterung besteht darin, daß in der ersten Woche nach erfolgter Meldung keine Unterstützung gezahlt wird. Bisher waren es nur sechs Tage, nur für Sachjen, nach § 9 Abs. 2, drei Tage. Außerdem kann der Reichsarbeitsminister für berufsübliche Arbeitslosigkeit die Frist auf drei Wochen verlängern. Ebenso kann er die Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf nur 13 Wochen beschränken und bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit eine besondere Dauer ansetzen.

Einiges noch über die Verwaltung. Die Landesarbeitslosenstellen sind die Träger der Arbeitslosenversicherung. Ihre Vertreter sind der Ausschuss und der Vorstand. Diese setzen sich wieder zusammen aus dem Vorsitzenden des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, und zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitnehmern. Das Reich soll nur im beauftragten Sinne Einspruch auf das Unternehmen haben. Dazu sei noch bemerkt, daß die Kosten der Verwaltung von der Arbeitslosenversicherung selbst aufgebracht werden müssen. Das Reich zahlt sowohl für die Verwaltung, als auch für die Aufbringung der Mittel zur Unterstützung nichts. Es will lediglich nur Darlehen gewähren, wenn es nötig sein sollte. Damit kann man nicht einverstanden sein. Denn an der befriedigenden Lösung des Arbeitslosenproblems, dazu gehört auch die Leistung von Unterstützung, ist der Staat so stark interessiert, daß er auf alle Fälle einen gewissen Zuschuß zur Aufbringung der Mittel für die Unterstützung sicherstellen muß. Man hat für die Herren Unternehmer so erhebliche Summen ver-

lassungswidrig vorausgibt, daß man den Einwand der Geldknappheit nicht mehr bringen kann.

Dies ist der hauptsächlichste Inhalt des Entwurfs, der zwar hinsichtlich seiner Länge gut ist, dessen Inhalt uns aber zunächst nicht befriedigen kann.

## Frauen- und Männerlöhne.

Wir hatten kürzlich einen Ueberblick über das Verhältnis der Frauenlöhne zu den Löhnen der Männer in den hauptsächlichsten Industrieländern gebracht. Wir waren zu dem Ergebnis gekommen, daß von dem gewerkschaftlichen Grundsatze: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ alle Länder noch weit entfernt seien. In unserer Aufstellung machten nur die Buchdrucker-Arbeiterinnen in Spanien eine Ausnahme, die bei Bedienung einer Maschine den gleichen Lohn wie die Männer erhalten. Für Deutschland war errechnet worden, wenn der Männerlohn auf 100 gesetzt wurde, der Frauenlohn zwischen 47 und 91 Prozent des Männerlohnes betragen. Aber auch in Deutschland, wo uns jetzt bekannt wird, gibt es einen Fall, wo für gleiche Leistung gleicher Lohn gezahlt wird und die Frauenlöhne 100 Proz. der Männerlöhne betragen. Seit Jahren werden in den Berliner städtischen Krankenhäusern und Pflegeanstalten den Männern und Frauen für die gleiche Dienstleistung auch der gleiche Lohn gezahlt. Das Personal dieser Anstalten ist im Staats- und Gemeindearbeiter-Verband organisiert.

## Die Beweglichkeit der Arbeit.

Von G. D. J. Cole.

Wir bringen den nachstehenden, in der Zeitschrift „The New Englander“ veröffentlichten Aufsatz des bekannten Führers der englischen Gewerkschaften G. D. J. Cole über ein Problem, das auch außerhalb Englands überall dort, wo Arbeitslosigkeit besteht, von aktueller Bedeutung ist. Cole will beweisen, daß eine Lösung innerhalb des Kapitalismus nicht gefunden werden kann. Schlüsselwörter sind auch Cole die sorgfältige Unterlegung aller Beschäftigungsmöglichkeiten auch innerhalb des Kapitalismus (S. 106).

Unleugbar kann die Arbeitslosigkeit vermindert werden durch Steigerung der Beweglichkeit der Arbeitskraft, mit anderen Worten: durch Verlesung von überflüssigen Arbeitern aus Betrieben, wo sie nicht gebraucht werden, in andere, in denen sie nutzbringend verwendet werden können? Diese Frage ist nicht so leicht zu beantworten, denn sie umschließt eine Menge Probleme. J. B. der wissenschaftliche Punkt, den die Befürworter des Wohnungsbaues aus Stahl mit Lord Balfour an der Spitze für ihre Pläne aufzuführen, ist, daß die Unterbringung von Arbeitern aus anderen Berufszweigen im Baugewerbe die Last der Arbeitslosigkeit verringern würde. Doch entstehen da sofort Schwierigkeiten. Zu welchen Löhnen sollen diese Leute arbeiten? Welche Sicherheit ist gegeben, daß sie bewohnbare Häuser herstellen werden? Und wie steht es mit den 75 000 Bau- und Konstruktionsarbeitern, die bereits jetzt arbeitslos sind? Diese Fragen erzwingen eingehende Beachtung. Wenn die Anhänger des Wohnungsbaues aus Stahl für „Beweglichkeit“ der Arbeit eintreten, so meinen sie im Grunde billige Arbeit. Sie wollen den von ihnen beschäftigten Leuten keine Bauarbeiterlöhne zahlen, obgleich dies ihre Arbeit auch nicht im geringsten „unbeweglicher“ machen würde. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird ein mobiler Haufen von Arbeitern, die für jede Arbeit zu haben sind, leicht dazu gebracht werden, um allmählich Löhne und Arbeitsbedingungen in allen gelerntem Berufen herabzubringen. Dies ist zweifellos der jetzt bestehenden ungerechten Ungleichheit der Löhne zuzuschreiben. Aber es ist ein ausserordentlich Grund für die Gewerkschaften, alle besonderen Pläne zu bekämpfen, die die Mobilisierung der Arbeit ohne bessere Sicherheiten, als sie unter der gegenwärtigen kapitalistischen Kontrolle heute im allgemeinen erreichbar sind, anzuführen. Zweitens müssen wir uns hüten minderwertige Produktion durch Einstellung unerfahrener Kräfte in eine Arbeit, die Geschick und Kenntnis verlangt, zu begünstigen. Die Massenproduktion hat das Bedürfnis nach Fachkenntnissen beim Arbeiter nicht aufgehoben, wenn dieses auch in manchen Fällen eine andere Gestalt annahm. Die Stahlbauarbeiter haben sich nicht dazu gedrängt, in den geplanten, von ungelerten Händen erbauten Häusern zu wohnen, die sie als so unpassend für die Armen ansehen. Drittens — und dies ist die größte Schwierigkeit — ist es unmöglich, Arbeiter aus einem Beruf, in dem kein Bedarf für ihre Arbeit besteht, in einen anderen zu treiben — wo sie ebensoviele gebraucht werden.

Unser Land ist zurzeit überflutet mit arbeitslosen Bergarbeitern, Schiffbauern, Maschinisten, Baumwoll- und Dackarbeitern. Ich würde tatsächlich nicht, mit welchem Typ des Arbeitslosen — von einigen besonders hochqualifizierten Berufszweigen abgesehen — wir nicht überflutet sind. Wir können in der Wirtschaft unsere arbeitslosen Bergarbeiter nicht in anderen Erwerbszweigen unterbringen, weil alle Industrien sich mehr oder minder in der gleichen Lage befinden wie der Bergbau. Der Gebante, Arbeitslosigkeit kurzerhand durch gesteigerte Beweglichkeit der Arbeit beseitigen zu wollen, ist unklug. Es handelt sich nicht darum, den Arbeitslosen auf freie Arbeitsstellen hinzuweisen — es muß die Nachfrage nach Arbeitskraft gehoben werden. Aber das hängt in erster Linie nicht von der Beweglichkeit der Arbeit ab, sondern von der Verteilung des Einkommens unter die Allgemeinheit und von der Grundlage, auf der die kapitalistischen Industrien betrieben werden.

Nichtsdestoweniger muß eine größere Beweglichkeit der Arbeit angestrebt werden. Selbst eine völlige Wiederherstellung des nationalen Wohlstandes würde nicht eine dem vorliegenden Angebot ganz entsprechende Neubelebung der Nachfrage nach Arbeitskraft für die verschiedenen Berufszweige mit sich bringen. Ich zweifle daran, daß J. B. wir jemals wieder alle unsere Bergarbeiter brauchen werden. Wir müssen andere Unterbringungsmöglichkeiten suchen. Legten Endes ist dies ein Problem der wissenschaftlichen industriellen Entwicklung und der geeigneten Beratung der frisch von der Schule in die Industrie eintretenden jungen Arbeiter. Der gegenwärtige Zustand mancher Grubenörter ohne ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit außerhalb der Grube mag günstig für die Grubenbesitzer sein, ist aber durchaus unwirtschaftlich vom nationalen Standpunkt aus. Er bewirkt eine Ansammlung von Bergarbeiterkräften ohne Beweglichkeit selbst bei den jungen Leuten und den Heranwachsenden. Da kann nur geholfen werden durch wissenschaftliche Unterlegung aller Möglichkeiten, andere Beschäftigungsarten außerhalb des Bergwerkes zu schaffen.

Im Zukunft wird es, wie ich glaube, dazu kommen, daß es für jeden Arbeiter ganz selbstverständlich sein wird, mehr als ein Fach zu beherrschen und seinen Beruf je nach dem vorliegenden Bedarf und der eigenen Neigung zu wechseln. Ich bin überzeugt, daß wir unser Arbeitslosenproblem nicht eher richtig lösen werden, als bis wir viel mehr Arbeiter zu ausreichenden Löhnen auf dem Lande haben werden und noch mehr solche, die irgendwelche Arbeit in der Landwirtschaft mit Industriearbeit verbinden.

Aber können diese Dinge unter der Herrschaft des Kapitalismus durchgeführt werden? Aufrechtig gesagt, glaube ich es nicht. Die Grenzen, die die Gewerkschaftsbewegung der Mobilität der Arbeit zog, sind lebensnotwendige Verteilungsmaßnahmen für die Arbeitnehmer gegen die kapitalistische Ausbeutung und können nicht aufgehoben werden, so lange der Kapitalismus an der Herrschaft ist und Lohn und Arbeitsbedingungen bei den einzelnen Berufen ungleich und ungleich verteilt sind. Manche gewerkschaftlichen Einschränkungen vom Standpunkt der wissenschaftlichen Organisation der Industrie aus gesehen als schädlich, aber sie sind die unvermeidliche Antwort auf das unwissenschaftliche System der kapitalistischen Ausbeutung.

Daher werden wir nur dann wieder Arbeiter aufs Land hinaus bekommen, wenn wir Grund und Boden in Besitz der Allgemeinheit nehmen. Wir werden es nur dann erreichen, daß die Bergarbeiter richtig organisiert und die Grubenörter zum Mittelpunkt verschiedenartiger industrieller Unternehmungen werden, wenn wir die Bergwerke in den Besitz der Allgemeinheit überführen. Und vor allem — wir werden nur dann wirtschaftlichen Bedarf und Nachfrage nach Gütern erzeugen, der Arbeit für unsere ganze Volkswirtschaft bringt, wenn wir den Besitz der Reichen der Allgemeinheit zuführen, und so die unproduktiven Ansprüche, die sich jetzt hemmend an die Räder der Industrie hängen, ausschalten. Mit anderen Worten: Beweglichkeit der Arbeit wird kommen mit der Unterdrückung des Kapitalismus, denn die Gründe, die heuteutage die Arbeit lähmen, entstehen direkt aus dem kapitalistischen System.

Es ist nutzlos, zu versuchen, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Steigerung der Beweglichkeit der Arbeit zu lösen, denn das schafft eine neue Nachfrage und hilft nur den Kapitalisten, den Lohnstandard der besser entlohnenden Berufe herabzubringen. Was allein Zweck hat, ist: das System selbst, welches verunmöglicht Beweglichkeit der Arbeit unmöglich macht, anzugreifen und zu überwinden. Welcher Sozialist würde wünschen, sein ganzes Leben lang nur eine

## Gewerkschaftliche Ethik.

Die sittlichen Normen des Lebens sind nicht ständig und fest. Sie sind verschieden in den verschiedenen Epochen der Geschichte. Sie sind nicht losgerissen von den Formen des Zusammenlebens. Sie sind im Gegenteil aus dem jeweiligen Zusammenleben heraus geworden, und darum eng ver wachsen mit der äußeren wirtschaftlichen Art des Zusammenlebens.

Ethik ist kein ewiges und ebernes, gleiches Gesetz, das, gefordert vom übrigen Leben, in den Hirnen geworden ist, um dann aus den Hirnen heraus das Leben zu bestimmen. Nein, Ethik wuchs stets nur aus dem Leben heraus in die Hirne hinein. Aus der Arbeit des Lebens wuchs die Ethik, aus der Wirtschaft des Lebens heraus. Als der Instinkt des primitiven Menschen zuerst empfand, daß ihm das Zusammenleben dienlich war, als die Familie als Arbeitsgemeinschaft wurde, als die einzelnen zuerst am schlichten, gemeinsamen Werte den praktischen Lebenswert des Gemeinsamen fühlten, da wurde der erste Keim einer Ethik. Und als die zunehmende wirtschaftliche Entwicklung des Lebens dann die wirtschaftliche Differenzierung schaffte und damit wirtschaftliche Gegensätze, da schlichen sich auch diese Gegensätze in die Ethik hinein, und die auf den heutigen Tag kommt dieser wirtschaftliche Gegensatz in der Ethik zum Ausdruck.

Ethik, ihrem eigentlichen Sinne und Ziele nach etwas Gemeinsames, Einendes, ist in der praktischen ethischen Auffassung Klassenethik. Der wirtschaftliche Gegensatz ist es heute wie immer, der das ständige Leben zerreißt. Da, heute in der Zeit der zugehörigen wirtschaftlichen Gegensätze sind auch die ständigen Auffassungen zerfallen wie nie zuvor, wenn auch eine wirtschaftsfremde Philosophie des Katheders tausendmal an diesem Leben, wie es ist, vorbe-

geht und in stauer Theorie von einer einheitlichen, klassenlosen Ethik des Lebens spricht.

Hat denn der Vertreter des wirtschaftlichen Herrtums unserer Tage etwa die gleiche Auffassung vom sittlichen Rechte, die er für seine eigenen Lebensstreife hat, auch dem wirtschaftlich Abhängigen, dem Arbeiter, dem Angestellten, gegenüber? Erkennt er auch dem wirtschaftlich Abhängigen gegenüber die ständigen Werte des Familienlebens an, indem er ihm die wirtschaftliche Voraussetzung, das Leben ohne Sorge und in Kultur, zubilligt? Sieht er nicht im Gegenteil die ständigen Schäden der wirtschaftlichen Not ohne das Bestreben einer durchgreifenden Hilfe? Ist demnach die ethische Auffassung nicht gerissen von der wirtschaftlichen Zerrissenheit des Lebens in gegensätzliche Interessen, in Klassen?

Und so wie es eine kapitalistische Auffassung der Ethik gibt, so muß naturnotwendig auch aus der anderen wirtschaftlichen Klasse, aus dem Proletariat heraus, eine Ethik geworden sein. Und sie ist geworden, und sie zeigt, daß die Wirtschaft die Bildnerin der Ethik ist, und daß die wirtschaftliche Gestaltung des Lebens die Voraussetzung zu einem Dasein in ständiger Kultur bedeutet.

Die ständigen Werte, die die kapitalistische Ethik nicht anerkennt, sind es, die von der proletarischen Ethik betont und erlangt werden. Die proletarische Ethik kennt nur das gleiche Recht und die gleiche Entwicklungsmöglichkeit für alle. Da die ständige Kultur in wirtschaftlichen Boden wurzelt, wie das Leben wie die Stoffe, wie alles nur immer wieder beweist, so erhebt das Proletariat die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit für alle.

Doch das ist das Ziel, so wie die Wahrung und Festigung des Kapitalismus das Ziel der anderen, proletarischen Klassen ist. Und wie im Streben nach diesem Ziele die kapitalistische Ethik geworden ist, so ist aus dem Erstreben des proletarischen Volkes heraus auch eine

proletarische Ethik geworden. Aus dem Gewerkschaftskampfe um das wirtschaftliche Recht heraus wurde eine gewerkschaftliche Ethik, die den Keim einer kommenden neuen Ethik der Menschheit darstellt.

Diese gewerkschaftliche Ethik ist so offenkundig, tritt so klar und prägnant in die Erscheinung, daß sie selbst dem Gegner aufgefallen ist und oft selbst vom Gegner bewundert wird.

Als Solidarität kommt diese gewerkschaftliche Ethik am herrlichsten zum Ausdruck. Dieser Grundzug: Einer für alle und alle für einen, wie er im gemeinsamen Kampfe, wie beim Streik, zur lebendigen gewerkschaftlichen Notwendigkeit wird, zeigt in besonders wunderbarer Weise den tiefen ethischen Gehalt des wirtschaftlichen Kampfes um das gleiche wirtschaftliche Recht. Das Erleben einer gemeinsamen Not und das Erleben eines gemeinsamen Kampfes und immer wieder, wenn auch nach gemeinsamen Entschärfungen, eines gemeinsamen Erfolges schaffen diese Gemeinschaft, die in der Kampfesolidarität einen sozialen Sinngehaltwert geschaffen hat, wie ihn die Geschichte der Ethik noch nie zu verzeichnen hatte.

Und diese Solidarität, die der Kernpunkt der gewerkschaftlichen Ethik ist, schillert nach allen Seiten hinein in die werdende neue soziale Ethik des Menschen zum Wachen. Die Solidarität bindet nicht nur zur Gemeinschaft. Sie macht auch den einzelnen zum stolzen und freien Gliede dieser Gemeinschaft. Sie läßt die Persönlichkeit des einzelnen wurzeln im Gemeinen und gibt der Persönlichkeit, dieser so viel besprochenen und gelobten, erst die rechte Größe. Nicht der vom Ganzen losgerissene Mensch ist wahrhaft groß, sondern nur der, der das Ganze in sich trägt und selber in seinem sozialen Persönlichkeitswesen das Ganze zum Ausdruck bringt.

Und mit dieser Erziehung zum Kämpfer wird der gewerkschaftliche Kampf darum zugleich zur Erziehung zum

Arbeit zu verrichten? Wir würden alle gern mindestens ein halbes Dutzend von Berufsgruppen erkennen. Und diese Anpassungsfähigkeit, die naturgemäß mit dem Ende des Kapitalismus kommen muß, wird das stärkste Bollwerk einer sozialistischen Gesellschaft sein.

## Die „Herren der Wirtschaft“

Ja, das war eine schöne Zeit! Nämlich damals, als die „Herren der Wirtschaft“ noch mit den Inflationstributen der Reichsbank mühselos Vermögen zusammenfingerten und gemaltige Kräfte aufbauen konnten, als man noch mit Hilfe des Balutabumpings und niedriger Goldlöhne die Auslandskonkurrenz spielend aus dem Felde schlagen konnte! Diese schönen Zeiten sind vorbei und mancher Raffke der neuen Welt fühlt sich trotz aller irdischen Glückseligkeit nicht mehr als Hahn im Korbe; verbüßigt stark er ins veränderte Weltgemälde und erhebt eine neue Inflation, um an ihr wieder ein nettes Profitfeuerden anzufachen. Da jedoch besagte Inflation sehr auf sich warfen läßt, heißt es nunmehr, hier in die Produktion zu treten; das heißt, durch verbesserte Produktionstechnik und kaufmännische Geschicklichkeit das auf den Sand geratene Produktionsniveau wieder flott zu machen. Der Autokrat Ford hat recht: Da zu gehört hierin. Er selbst hat es in glänzender Weise bewiesen. Da aber hierin vielen „Herren der Wirtschaft“ nur in ganz ungenügenden Maßstäbe zuteil ist, da ihnen viel natürlicher liegt, in ballastierter Arroganz zu machen, verfallen sie auf das Nächstliegende: Es gilt — am wieder mit Ford zu sprechen — auf die faulste und bequemste Art das Antriebskraftflott zu machen, nämlich durch Abwälzung aller Wirtschaftslasten auf die breiten Massen, ferner durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit. Das heißt zwar, die Produktions- und Absatzkräfte durch Arbeitermangel, Arbeiterentbehrung und Arbeiterelend beeinträchtigen wollen, auch ist die Hoffnung darauf eine trügerische — aber was verhängt! Die Hauptsache ist, daß die „Herren der Wirtschaft“ ohne besondere Spannungsmaßnahmen ihres bisherigen Gehirnsmalzes das besagen, als was wir sie soeben in Gänjesüßchen bezeichnet haben. Auf diese Behauptung sind sie ganz besonders stolz. So, sie sind von ihrer Einzigeit und „Herrlichkeit im Wirtschaftsprozess“ dermaßen durchdrungen, daß sie sich sogar turmhoch „die Wirtschaft“ nennen; die Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten gehören nicht zur Wirtschaft, sie sind im Wirtschaftsprozess nur tote Schachfiguren. . . .

Aber nun kam zunächst das Obwohl: Die dicksteigen Arbeiter wollen nicht begreifen, daß, obwohl sie — im Unternehmerjargon gesprochen — zur Wirtschaft gar nicht gehören, trotz alledem in ihren Händen das Schicksal der Wirtschaft läge. Sie können und wollen nicht kapieren, daß sie sich „im Interesse der Wirtschaft“ auf lange Zeit hinaus mit Hungerlöhnen und dem vierzehnstündigen „Normalarbeitsstag“ begnügen müßten. Und da bisher alle „väterlichen“ Ermahnungen und Befehle seitens der „Herren der Wirtschaft“ und ihrer journalistischen Kopfschmerzer an dieser leiblichen Auffassung nichts zu ändern vermochten, soll nunmehr anstatt des Zuckers die Peitsche her. Was Unternehmergeheimnisse bisher nicht vermochte, soll nunmehr brutale Herrngewalt durchsetzen. Ohne jeden Gewissensstrahl soll die Arbeiterkraft zu Hetzen und Kulis herabgewürdigt werden. Die Gedankenänge der „Herren der Wirtschaft“ sind so: Ohne Profit braucht kein Schornstein. Früher hatten wir uns Kleinfabrikanten zugehörig durch unbeschränkte Reichsbankkredite; damit kauften wir Devisen und brachten die Währung auf den Hund. Das war eine tödliche Zeit. Vor allem hat uns damals die Ruhrbelegung gelund gemacht. Die dadurch angefaßte nationale Begeisterung nützte wir ohne Rücksicht auf Staat und Volk aus zur Stärkung unserer Wirtschaftsmacht. Dafür sind wir echte Patrioten. Die Zahlung von Steuern verweigerten wir. Nun aber haben wir — leider! — eine Festwahrung; nun muß der Schlot auf eine andere Art räumen. Schön, da pöden wir zunächst alle wirtschaftlichen Staatslasten den arbeitenden Schichten auf. Das können wir, das steht in unserer Macht, denn der brave deutsche Michel und seine gute Biene haben uns ja, als wir ihnen bei den Reichstagswahlen Sirup um den Mund schmiereten, aus dankbarer Anerkennung dafür die Klinte der Gesetzgebung in die Hand gedrückt. Wenden wir also die inneren Einkommensverhältnisse! Schaffen wir Steuerbefreiung, die die große Masse befreit, die „Herren der Wirtschaft“ aber entlastet. Die sozialen Lasten werden in

gleich er Weise „geregelt“. Dazu riesige Bucherhöle, die gleichfalls den arbeitenden Schichten das Leben verteuern und uns den Sädel füllen. Eine solche weiße Politik steigert vor allem auch die Boden- und Kartellrente. So, und was nun noch an der Wiederherstellung der alten Herrlichkeit fehlen sollte, holen wir uns mit brutaler Gewalt. Wozu haben wir unsere starken Wirtschaftsorganisationen! Wenn die Regierung immer noch hin und wieder diplomatische Bedenten zeigt, um sich in jeder Hinsicht offen auf unsere Seite zu stellen, so wenden wir unsere Organisationsmacht an. Wir erklären der arbeitenden Bevölkerung den Wirtschaftskrieg hart für hart, Mann gegen Mann. Unsere brauen Synodist werden's schon beifahren. Durch gemaltige Lapsperungen suchen wir die Arbeiterkraft zu fassen für lange tägliche Arbeitszeit zu Hungerlöhnen. Was, in anderen Ländern gelte der Achtstundentag? Das geht uns nichts an; wir verzichten auf derlei Kulturkultus. Was, in allen westeuropäischen Staaten hätten die Arbeiter schon jezt bedeutend höhere Löhne als in Deutschland? Auch das geht uns nichts an! Wir beuten das Volk aus bis auf den letzten Schweißtropfen, bis zur Erschöpfung. Gewiß, allgemeinwirtschaftliche Gedanken sind das nicht. Das ist brutale parlamentarische und wirtschaftliche Faust. Doch wir sind die „Herren der Wirtschaft“, wir nützen unsere Macht aus. Das füllen uns den Geldsack und verbürge uns und unserer Sippe ein lippiges Leben. . . .

Dies die Gedankenänge der „Herren der Wirtschaft“. Lieber, deutscher Michel, wann wirst du endlich zur Erkenntnis kommen? Wann willst du mit erster Mühe heimzahlen? Du sagst, bei den nächsten Reichstagswahlen. Doch das ist vielleicht noch lange hin, vor allem hat man dich bis dahin gerupft. Wende ein Mittel an, das dir gleich hilft, wenigstens das Vergessen abwehrt. Stärke deine Gewerkschaften. Gib ihnen die Kraft, die Ansprüche der „Herren der Wirtschaft“ abwehren zu können. Strebe unermüßlich für die Ausbreitung und Vertiefung deiner Gewerkschaft, decke überall die Unternehmerverbrechen am Volke rüchthaltig auf, erlaube die proletarischen Hirne mit Aufklärung, Ueberzeugungstreue, Opfermut und Widerstandskraft. Daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen scharen, um das Banner der Organisation und eine Faust zeigen den „Herren der Wirtschaft“. Dann werdet ihr deren Gewaltstreiche abwehren können; und noch mehr: Ihr werdet einen Teil dessen, was man euch durch Steuernraub und Zollwucher abpreßt, wieder heresholen können. Und völlig reinen Tisch schafft bei den nächsten Wahlen. Dann zählt diesen egoistischen Ausbeutern heim, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Damit macht ihr dann wieder gut, was englignisse Interessen- und Claqueupolitik der Besitzenden und Reichen am Volke verbrochen haben!

## Die Unternehmer gegen Steuererleichterungen für Arbeiter

Aus Kreisen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) wird uns u. a. folgendes geschrieben: Die Steuererleichterungen zeigen immer wieder, daß die Lohnsteuer höhere Beträge erbringt, als im Voranschlag vorgesehen ist. Als der neue Steuerantrag im Reichstag im Sommer d. J. durchgeführt wurde, wiesen die Gewerkschaften im Bande in gebührender Form auf diese Ausbeutung der Deutschen hin. Damals brachten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum einen Antrag auf Milderung der Lohnsteuer ein, der folgenden Wortlaut hatte:

„Ueberlegt das Auskommen aus der Lohnsteuer in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 oder später in einem Zeitraum von zwei aufeinanderfolgenden Kalendervertriebsjahren den Betrag von 600 Millionen Reichsmark, so hat die Reichsregierung einen Gegenantrag vorzulegen, der eine Erhöhung der Abzüge bei minderreichen Familien und des steuerfreien Betrages herbeiführt.“

Immerhin ist das ein Zufunftswechsel, der aber erst nach dem 1. April 1926 eingeführt zu werden braucht. Es ist immerhin zu hoffen, daß auf Grund dieses Antrages eine steuerliche Erleichterung stattfindet, d. h. wenn ein entsprechendes Gesetz im Reichstag eine Mehrheit findet. Daß diese Mehrheit aber nicht zustande kommt, dafür sorgen schon heute die deutschen Unternehmer. Man will auch hier den Heiß und das Vermögen weiter entlassen, und zwar auf Kosten des Arbeitnehmers. Wie man hier schon vorsorgt, dafür bietet ein Zirkular des Reichsverbandes der Deutschen

läßt, daß er doch eigentlich im Grunde seines Wesens noch Mensch ist mit lebendigem Gefühl und teilnehmendem Willen und Streben? Und wenn er sich dann an Sonntage bewußt Zeit läßt zu all seinem Treiben? Und wenn er dann mit Feler ein anderes Gewand trägt, den Sonntagsrod?

Der Sonntagsrod ist ein sozialer Ausdruck der Welt. Es ist nicht nur Form, wenn der arbeitende Mensch an Sonntage seinen Rod aus seinem Schranke holt. Es geschieht nicht, nur weil Sonntag ist und es sich an Sonntage zu gehört und es Sonntags so ähnlich ist. Es ist die Kulturseele des Menschen, die mit dem wertigsten Menschen auch den wertigsten Rod ablegt. Und wenn das proletarische Volk dann in Sonntagskleidung — und ist sie noch so schlicht — am freien Sonntage dabeim sitzt und plaudert und liest oder sich erholend in den Straßen, in der Natur gemächlich ergeht, so liegt da über dem Ganzen ein stiller Zauber des Menschlichen, ein Sehnen nach Menschlichem, ein Erleben von etwas, das mehr ist als Brot und jenseits der Sorge ist.

Den Menschen hat die Maschine des Kapitalismus doch noch nicht erstickt. Der Mensch lebt. Der Mensch will — und wird. —

Der Sonntag ist wie eine Tropfregelung.

### Mahnung.

Sei nie Gewerkschaftsmitglied nur aus Eitelkeit. Für solche Gefährlichkeit ist unsre Zeit. Sie erst, nicht um Person an dreht sich die Bewegung. Sie ist ein Ganzes, der Gemeinschaft Regierung. Des Arbeitsvolkes bitterer Streben. Nach einem besseren, lebenswerten Leben. Die Allgemeinheit ist's, die für dich tätig ist, in der als einzelner du nur ein Teilchen bist!

Industrie den besten Beweis. Wir geben das Zirkular im Wortlaut wieder:

„Steuerstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Lsg. Nr. 7854/S. Betr. Lohnsteuer.“

Berlin, 14. Oktober 1925.

- a) Mitglieder der Steuerstelle
- b) landwirtschaftlichen Verbände.

Es besteht die große Gefahr, daß trotz der jezt im neuen Einkommensteuergesetz vorgenommenen Erhöhung der einkommenfreien Teile die Befreiungen auf eine weitere Heraushebung des Existenzminimums sofort nach Zusammenreizen des Reichstags wieder aufgenommen werden. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, besteht die Absicht, dahingehende Anträge im Reichstage einzubringen. Die Tatsache, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer trotz der Erhöhung der einkommensteuerfreien Teile nur verhältnismäßig zurückgegangen sind, dient als Ausgangspunkt der vorgenannten Befreiungen, die sich weiterhin darauf stützen, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer auch jetzt noch gegenüber den Einnahmen aus der eigentlichen Einkommensteuer einen erheblich höheren Teil des Gesamteinkommens aus der Einkommensteuer ausmachen. Bei diesen Behauptungen wird außer acht gelassen, daß zu den Lohnsteuerpflichtigen auch in weitestem Umfang alle Angestellten in privaten und öffentlichen Betrieben gehören, und daß die Einnahmen aus der eigentlichen Einkommensteuer infolge der ungünstigen Geschäftslage naturgemäß eher eine rückläufige Richtung zeigen. Es kommt nun darauf an, beweiskräftige Unterlagen dafür zu haben, daß die angelegte Mehrbelastung der niederen Einkommen sich ganz anders darstellen, wenn man diese gefondert von den höheren Arbeitseinkommen betrachtet. Zu diesem Zwecke bitten wir, mit möglichster Beschleunigung die nachstehenden Fragen ausgefüllt zurückzugeben. Bei der großen Bedeutung, welche diese Angelegenheit für die weitere Regelung der Einkommensteuer hat, dürfen wir wohl mit Bestimmtheit auf Ihre Antwort rechnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung usw.

Bezeichnung des Betriebs (Firma).  
Sitz (Ort, Straße).

An Steuerabzug vom Arbeitslohn sind für die Zeit vom 1. Januar 1925 bis 30. September 1925 einbehalten worden, insgesamt Ml. . . . .

Hiervon entfallen auf Arbeitslohn mit einem durchschnittlichen Monatslohn von nicht mehr als 250 Ml. . . . .

Das Zirkular ist in vieler Hinsicht interessant. Zwei Monate nach dem gefassten Beschlusse kam die Unternehmer Material gegen eine weitere Heraushebung der Lohnsteuer. Daraus wird die Deffektivität erleben können, wie die Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien und ihre dementsprechenden Anträge in Wirklichkeit beschaffen sind.

Die deutschen Arbeiter mögen auch aus diesem Beispiel erkennen, daß sie den ungünstigen Ausfall der letzten Reichstagswahl mit bedeutenden wirtschaftlichen Nachteilen auf Jahre hinaus zu bezahlen haben.

## Wie kann der Gewerkschafter sparen?

Die Frage, ob und wo der Gewerkschafter sparen soll, ist an dieser Stelle schon erörtert worden. Es erübrigt sich daher, auf die Notwendigkeit und die Pflicht des Gewerkschafters, nur bei der Arbeiterbank zu sparen, nochmals hinzuweisen. Die Organisationsarbeiten der Arbeiterbank sind jezt soweit gediehen, daß der Sparerktehr unmittelbar aufgenommen werden kann. Die Arbeiterbank hat sich bereits an die Ortsverwaltungen von Berlin und an die Ortsauschüsse des Reiches gewandt, und es soll nunmehr hier kurz erörtert werden, welche Wege der Gewerkschaftscollegie einschlagen muß, um bei der Arbeiterpartafasse sein Geld anlegen zu können.

Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Spartafasse der Arbeiterbank stellt an jedermann Sparbücher mit täglicher und monatlicher Rückzahlung aus. Zurjezt beträgt der Zinssatz für täglich abhebbare Sparguthaben 6 Proz. und für monatlich kündbare Sparguthaben 8 Proz. pro Jahr.

Einzahlungen auf Sparbüchern können in folgender Weise vorgenommen werden:

1. Einzahlungen werden in den Kassenräumen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten U.-G. Berlin S. 14, Wallstr. 65, von 9-3 Uhr und von 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr, und außerdem in der Filiale in Hamburg, Besenbinderhof 57/59 entgegengenommen. Die Sparbücher werden an den einzelnen Sparer ausgehändigt.

2. Einzahlungen können ferner mittels der in den Ortsauschüssen bzw. Ortsverwaltungen erhältlichen Postcheckzahlkarten auf das Postcheckkonto Berlin 3898 getätigt werden. Wenn ein Spartkonto noch nicht besteht, wird das net ausgestellte Sparbuch den Sparer durch die Post übersandt. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto getätigt, so behält der Einzahler den Postcheckabschnitt als vorläufige Quittung. Die Eintragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Spartafasse, spätestens bei der zum Jahreschluß erfolgenden Umschreibung der Zinsen statt.

3. Einzahlungen können auch bei den Ortsauschüssen und Ortsverwaltungen selbst getätigt werden.

Wird das Sparbuch vorgelegt, so quillert die vereinbarte Kasse sofort im Sparbuch. Geht die Einzahlung der Vorlage des Sparbuches, erhält der Sparer von der betreffenden Kasse eine Quittung.

Zur Sicherung der Sparguthaben wird zu jedem Sparbuch eine mit der gleichen Nummer versehene Sicherungskarte ausgefertigt. Es empfiehlt sich, diese Sicherungskarte getrennt vom Sparbuch aufzubewahren.

Rückzahlungen werden nur geleistet, wenn Sparbuch und Sicherungskarte vorgelegt werden. Falls Rückzahlungen durch die Post angefordert werden, ist das Sparbuch und die Sicherungskarte in getrennten Briefen einzufenden.

Rückzahlungen finden statt an der Kasse der Arbeiterbank, Berlin S. 14, Wallstr. 65, und deren Filiale in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59; ferner seitens der Kassen der Ortsauschüsse und Ortsverwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungskarte in der vorgeschriebenen Weise vorgelegt werden. Die Sparer können auch das Sparbuch und die Sicherungskarte durch die Post an eine

Menschen. Das ist der neue Mensch, der sich frei und groß fühlt als Persönlichkeit, weil er das Ganze lebend in seiner Seele trägt. Und das ist die neue Menschheit, in der der Gedanke des einen gemeinsamen Zieles all diese einzelnen freien Persönlichkeiten innig zusammenschließt. Der gewerkschaftliche Kampf enthält darum in hohem Maße ethische, kulturelle Werte, auch ohne daß sich so viele dieser Werte bewußt sind, und um so größer ist die praktische kulturelle Bedeutung des Gewerkschaftskampfes, je mehr der gewerkschaftliche Kämpfer auch bewußt in den stillen Gehalt des Gewerkschaftskampfes hineinzuwachsen bestrebt ist.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Der Sonntagsrod.

Welchen Beruf der schaffende Mensch auch hat, er steht bis auf Ausnahmen in der Treutruhe seiner Arbeit. In umgekehrte Einzelgebiete hat die Arbeitsteilung des modernen Wirtschaftslebens das Schaffen zerrissen, und in diesen kleinen Einzelteilen erfüllt nun jeder sein Wert, Tag für Tag.

Und für wen? Wenn noch der Gedanke den schaffenden Menschen erheben könnte, daß das alles geschieht und das Menschen willen und nur für den Menschen! Wenn dieses Menschliche des Schaffens der Arbeit noch die ertragende Seele vertieft! Aber wofür denn die Arbeit? Doch nur für den spekulativen Gedanken, der das Unternehmen gründet und leitet. Und zugleich für die eigene, kleine, bescheldene Lebenszeit.

Wie seltsam ist das proletarische Dasein! Wie es doch so ganz ohne Freude ist! Wie ist der Mensch in seinem Schaffen doch so ganz ohne das Menschliche!

Ist es da nicht zu verstehen, wenn der Mensch dann am Sonntage in sich eine Befreiung empfindet von einer Last? Wenn dann ein Aufstehen seiner Seele ihn führen

der beiden obengenannten Adressen einfinden und die Rückzahlung eines Betrages fordern. In diesem Falle wird das Geld durch Postbank, Sicherungsstarke und Sparbuch durch die Post an die Sparte überhandelt.

Bei der Arbeiterbank in Berlin, ihrer Filiale in Hamburg und bei den Ortsauschüssen und Ortsverwaltungen werden ferner Spartarten sowie Sparkarten in den Werten von 1/2, 1 und 2 Mk. ausgegeben. Für die zu sparenden Beträge sind bei den Ortsauschüssen, Ortsverwaltungen, Betriebsobleuten und den Arbeiterbanken Sparkarten zu kaufen und in die Spartarte einzuliefern. Rückzahlungen der auf diesem Wege geparteten Beträge erfolgen nur in der Arbeiterbank, Berlin S. 14, Wallstraße 65, und in Hamburg 1, Beutinberhof 57/59, und nur dann, wenn mindestens 10 Mark gepart sind. Die Spartarten können in den Kassastunden vorgelegt werden oder durch die Post über die Gewerkschaften eingekauft werden. Die Ueberweisung der Sparbeträge erfolgt durch die Post direkt bezüglichen Spartarteninhaber.



an den auf der Spartarte inhaber.

Sobald der Gesamtbetrag der eingelebten Marken 10 Mk. erreicht hat, kann die erwartete Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Bei der Vorlegung bzw. Ueberführung der Spartarte ist Name, Stand, Adresse und Sparbuchnummer anzugeben. Sollte ein Sparkonto noch nicht bestehen, so genügt der Vermerk „für ein neues Konto.“

Die Ortsauschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftskollegen zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargroschen der Arbeitnehmerschaft in die Spartarte der Arbeiterbank fließen. Ein Gewerkschaftskollege muß den anderen auf die Arbeiterbank aufmerksam machen. Jeder Ortsauschluß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbecken für die Arbeiterpartei werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeiterpartei nichts, zusammengesetzt und gesammelt sind auch sie eine Macht.

## Aus den Zahlstellen.

Leipzig. Außerordentliche Mitgliederversammlung vom Donnerstag, den 12. November 1925. Kollege Schmidt gab einen kurzen Bericht über die Streikbewegung im Schriftgießergewerbe, er rief die einzelnen Daten nochmals ins Gedächtnis, schilderte die Pläne eines finanzkräftigen Unternehmens und sprach sich lobend über die Standhaftigkeit der Arbeiterchaft in diesem nunmehr besetzten Kampfe aus. Besonders hartnäckig war die Firma Schelter u. Giesecke, welche nach der offiziellen Beendigung des Kampfes glaubte, noch ein Extratänzchen aufzuführen zu müssen. Ieder die Situation selbst ist ja während des Streiks in Tages- und Gewerkschaftszeitungen ausführlich berichtet worden. Nach Fällung eines Schiedspruchs vom 19. September 1925, welcher einen Spitzenlohn von 49,44 Mk. pro Woche oder 1,03 Mk. Stundenlohn für einen gelernten Schriftgießer vorsieht, kam eine Einigung zustande und die Arbeit wurde denn auch unter den bekannten Formalitäten in sämtlichen Betrieben Deutschlands bis auf Schelter u. Giesecke wieder aufgenommen. Das Eingreifen des örtlichen Schiedsgerichts, des Schlichtungsausschusses, die Vermittlung der Kreishauptmannschaft usw. vermochten nicht den Starrsinn der Firmeninhaber zu brechen. Einmal glaubten sie den Instanzen das Recht eines Urteils abzusprechen zu müssen, zum anderen waren die anwesenden Organisationsvertreter die Ursache ihres Nichterfolgens oder ihrer Flucht aus den Verhandlungsräumen. Endlich kam aber auch bei Schelter u. Giesecke eine Einigung zustande. Wie weit der Haß der Firma gegen die Arbeiterchaft geht, das beweist ein Brief an das Arbeitsamt gegen die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an unsere noch außenstehenden Kollegen. Das Arbeitsamt hat den Protest der Firma verworfen und Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt. Ein daraufhin erfolgter zweiter Vorstoß in dieser Angelegenheit vor dem Unterarschluß des Arbeitsamts hatte genau denselben Erfolg: nämlich die Arbeitslosenunterstützung wird weiter gezahlt. Damit ist die Firma mit ihren schamlosen Gräueltaten in dieser Angelegenheit endgültig abgeklippt. Lobenswert war die Haltung unserer Kollegenschaft in diesem Kampfe. Nach kurzer Aussprache wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die Verammelten sprechen der Schriftgießergewerkschaft für ihre mustergültige Haltung während des sechswöchigen Streiks ihre volle Anerkennung aus, speziell der Belegschaft der Firma Schelter u. Giesecke, die im besonderen Brennpunkt dieses Kampfes gestanden hat. Weiterhin sprechen die Verammelten der Organisationsleitung und Streikleitung ihre Anerkennung in der Führung des Kampfes aus.“

Zur Bestätigung über Extrabeträge äußerte sich der Kollege Wolken. Er führte aus, daß alljährlich zu Weihnachten den Arbeitslosen eine Weihnachtsfreude in Form einer besonderen Unterstützung zuteil geworden sei. Auch der tranken und invaliden Mitglieder habe man gedacht. Von dieser Einrichtung soll auch dieses Jahr Gebrauch gemacht werden. Bei der immerhin hohen Zahl von Arbeitslosen usw. verursache das aber bedeutende Ausgaben. Da durch die Streikbewegung die Mittel der Ortsstelle etwas geschwächt seien, müsse die Mitgliedschaft zur Wohlthätigkeit aufgerufen werden. Freiwillige Sammlungen bringen erfahrungsgemäß nicht das, was man erhofft. Die Verwaltung sei deshalb darüber überein gekommen, einen Extrabetrag zu erheben, und zwar für männliche 1 Mk., für weibliche 50 Pf. Diese Extrabeträge sollen durch Marken quittiert werden. Kollege Beyer betonte, dieser Vorschlag sei während seiner Abwesenheit gemacht worden und erscheine ihm zu gering. Er verwies hierbei auf den Opfermut der Schriftgießergewerkschaft, die trotz des langen Kampfes heute schon wieder Extrabeträge erheben, die bedeutend höher sind als die oben verlangten. In der Dis-

ussion hierzu kam zum Ausdruck, daß die Extrabeträge wohl gezahlt werden sollen, nur hätte man es lieber gesehen, wenn während des Schriftgießergewerkschafts Extrabeträge erhoben worden wären. Befremdend rief es hervor, daß der Kollege Brüdner eine Kommission zur Ueberwachung der gesammelten Gelder gemahnt wissen wollte. Im Laufe der Auseinandersetzung wurden Anschließungen gegen den Gausleiter erhoben. Nunmehr verlangte der Gausleiter, daß sofort eine Kommission gegen ihn eingeleitet werde, welche diese Angelegenheit zu untersuchen habe. Aus den Reihen der Disziplinareneren kam ein Antrag, daß die männlichen 1,50 Mk. und die weiblichen Mitglieder insgesamt 1.— Mk. als Extrabetrag leisten sollen. Die Abstimmung ergab Annahme dieses Antrages. Somit werden erhoben ab 47. Beitragswoche bei den männlichen 20 Pf. pro Woche, bei den weiblichen Mitgliedern 10 Pf. pro Woche für die Dauer von 8 resp. 10 Wochen. Die Wahl einer Kommission zur Ueberwachung der eingegangenen Gelder wurde gegen eine große Minderheit abgelehnt. Die Wahl einer Kommission zur Untersuchung der Anschließungen gegen den Gausleiter wurde angenommen. Gewählt wurden: die Kolleginnen Eibam, Röndy und Franz Schmidt, die Kolleginnen Weidholz und Schaller.

Ieder die Ausschlußangelegenheit des Kollegen Lindner berichtete Kollege Beyer in längeren Ausführungen. Nach eingehender Darlegung des ganzen Falles verlangte ein vom Kollegen Käser eingebrachter Antrag die Wiedereröffnung des Kollegen Lindner in sein Amt als Vorstandsmitglied. Der Antrag wurde gegen eine große Minderheit angenommen. Hierauf erklärte Kollege Grünthal im Namen des Vorstandes, daß nunmehr die unbedingten Mitglieder der Ortsverwaltung ihre Klemmer in die Hände der Mitglieder zurücklegen müßten. Es wurde beschossen, in kürzester Frist eine außerordentliche Generalarbversammlung einzuberufen, die zu den Neuwahlen des Vorstandes Stellung zu nehmen hat.

## Rundschau.

Weder 550 Millionen Mark Steuern zuviel. Nach dem vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Ausweis sind in den ersten 7 Monaten des laufenden Steuerjahres rund 4,2 Milliarden Mark an Steuern, Zöllen und Abgaben eingetommen. Von diesen Einnahmen entfallen 3,1 Milliarden auf die fortwährenden Steuern, 39 Millionen auf die einmaligen Steuern, 1,1 Milliarden auf Zölle und Verbrauchssteuern und 1/2 Million auf sonstige Abgaben. Der Voranschlag sieht für die ersten 7 Monate des laufenden Steuerjahres Einnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden vor. Danach sind in den ersten 7 Monaten des Steuerjahres rund 550 Millionen Mark mehr eingetommen, als erwartet wurden.

Die Mehreinnahmen werden durchweg von solchen Steuern aufgebracht, die die Masse belasten. So erbrachte die Einkommensteuer, in der vor allen Dingen die Lohnabzugssteuer eine Rolle spielt, 1502 Millionen Mark. Für das ganze Jahr sind aber nur 1700 Millionen Mark vorgesehen, also in 1/2 Jahr ist bereits das Steuerlohn erreicht worden. Wir fragen: will das Reichsfinanzministerium noch mehr Beweise haben, daß eine Erleichterung des Lohnabzuges unbedingt geboten ist?

Eine Ermäßigung des Lohnabzuges dürfte schon aus dem Grunde geboten sein, weil auch die anderen, die Klassen belastenden Steuern Mehrerträge zu verzeichnen haben. So erbrachte die Umsatzsteuer Erträge, die weit über den Voranschlag gehen. Dagegen blieben die Beförderungs- und die Vermögenssteuer weit hinter dem Voranschlag zurück.

Eine Schadenersatzklage gegen zwei Buchdruckmaschinenmeister beschuldigte das Berliner Gewerbegericht. Die beiden Gehilfen waren an einer Rotationsmaschine bei der Buchdrucker Eisner beschäftigt, der eine als Drucker, der andere als Führer der Maschine, die durch das Versehen eines Hilfsarbeiters zu Schaden kam. Die Firma fordert von den beiden Druckern einen Schadenersatz von 5338 Mk.; 338 Mk. für die Reparaturkosten, die eingeklagt wurden, und eine Schadenersatzklage von 5000 Mk. für die Wertverminderung der fast neuen, nun reparierten Maschine ist in Aussicht gestellt. Der Sachverhalt ist folgender:

An der einen Seite der Maschine saß einer der Belegschaften, an der anderen Seite ein Hilfsarbeiter die Druckplatten ein. Auf die Frage des zweiten Belegschaften, der als Maschinenführer fungierte, ob alles fertig sei, antwortete der Drucker (der erste Belegschaften) mit Ja. Darauf wurde die Maschine in Gang gesetzt. Sie ging entzwei, weil, wie sich nachher herausstellte, der Hilfsarbeiter die Platten falsch eingesetzt hatte. Er wurde sofort entlassen, während die beiden Drucker für den Schaden verantwortlich gemacht werden. Die Firma stützt sich auf einen Passus des Tarifvertrages, welcher sagt:

„Sämtliche Arbeiter an der Druckmaschine unterstehen dem Drucker. Er haftet für sachgemäße Ausführung der ihm übertragenen Aufträge.“ Wenn auch Hilfsarbeiter beim Einsetzen der Platten herangezogen werden können, so habe — sagt die Firma — der Drucker sich zu überzeugen, ob der Hilfsarbeiter seine Arbeit richtig ausgeführt habe. Das hätten die Belegschaften im vorliegenden Falle nicht getan, deshalb seien sie für den Schaden haftbar.

Die Belegschaften, vertreten durch einen Angeestellten des Buchdruckerverbandes, wandten dagegen ein: Nach dem Hilfsarbeitervertrag könnten die Hilfsarbeiter mit dem Einsetzen von Platten beschäftigt werden. Das werde auch von der Geschäftsleitung verlangt. Man könne deshalb dem Drucker nur für seine eigene Arbeit, nicht aber für die des Hilfsarbeiters verantwortlich machen. Würde der Drucker auch noch die Arbeit des Hilfsarbeiters kontrollieren, dann ginge damit sofort verloren, daß die Maschine nicht zu der von der Geschäftsleitung verlangten Zeit in Gang gesetzt werden könnte.

Das Gericht verurteilte die Belegschaften, an die Firma 338 Mk. zu zahlen. Die Urteilsbegründung sagt: Nach dem Tarif ist es nicht zweifelhaft, daß die Belegschaften für sachgemäße Ausführung der Arbeit, demnach auch für die von den ihnen unterstellten Hilfsarbeitern gemachten Fehler, verantwortlich seien. Nach dem Tarif kann der Drucker die Arbeiten selbst ausführen oder sie den Hilfsarbeitern überlassen. Wenn er diesem kein Vertrauen schenkt, dann muß er die Arbeit selbst machen. Die Aufsicht der Belegschaften über die Arbeiten war nicht beschränkt, also sind sie verantwortlich und müssen den entstandenen Schaden ersetzen.

Verlorengegangene Ausweispaapiere. Von unserer Ortsverwaltung Eichenach wird gemeldet: Dem am 19. November 1925 auf der Durchreise bei der hiesigen Zahlstelle vorpresidenden Kollegen R u d o l f B i t t e r aus Leipzig (geb. 24. März 1905, Hauptbuhndr. 63382) sind in der Nacht vorher in der Bahn folgende Paapiere abhanden gekommen: 1. Verbandsbuch, 2. Reiselegitimation, 3. eine Bescheinigung vom Kreisamt Leipzig über einen Anspruch auf 60 Proz. Schwerbeschäftigtenrente. Falls Buch oder Legitimation bei irgendeiner Zahlstelle vorgelegt werden, ist Vorzeiger anzuhalten, ihm die Paapiere abzunehmen und diese an den Gau Leipzig einzuliefern. Bittner, der die letzte Unterstufung in Karlsruhe bezog, kam von dort mit der Bahn und hat sich von hier nach seiner Vaterstadt begeben.

Eine erfreuliche Aufwärtsbewegung der freien Gewerkschaften ist nach der vom D D B B geführten Vierteljahrsstatistik für das erste Halbjahr 1925 festzustellen. Die im Bunde vereinigten 40 Verbände hatten Ende März 4 152 957 und Ende Juni 4 194 574 Mitglieder, darunter 777 390 weibliche. Die Zahl der Mitglieder stieg vom Ende des Vorjahres bis zum 30. Juni 1925 um 219 572. Die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte sich in der gleichen Zeit um 13 995. Gemessen an dem stürmischen Aufstieg der Gewerkschaften in der Zeit unmittelbar nach der Revolution ist die eingetretene Vermehrung der Mitgliederzahlen zwar als bescheiden zu bezeichnen, doch kann sie als ein um so sicherer Gewinn der Gewerkschaften bewertet werden. Anzeichen der latenten Krise, die auf dem deutschen Wirtschaftsleben lastet, sind diese Erfolge der Werbetätigkeit der Gewerkschaften beachtenswert und berechtigen zu der Hoffnung auf eine weitere Steigerung ihrer Mitgliederzahlen.

Eine Aufwertung der Rente für Kriegsbefähigte ist durch Gesetz vom 28. Juli 1925 festgelegt worden. Nach dieser Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes erhalten alle Kriegsbefähigten, die im Jahre 1923 als 20prozentige Rentenempfänger aus der laufenden Versorgung ausgeschlossen und mit einer geringen, durch die Inflation zu Pfennigbeträgen herabgesunkenen Rente versehen wurden, nunmehr unter gewissen Voraussetzungen einen einmaligen Aufwertungsbeitrag von 50 Mk. Die Zahlung geschieht nur auf Antrag, der bis spätestens 31. März einzureichen ist.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 16. bis 21. November sind die Abrechnungen des 3. Quartals aus Stuttgart (Gau 3) und Dresden (Gau 6) hier eingegangen. Gleichzeitig kam aus Stuttgart der Restbetrag von 4824,40 Mk. Berlin, den 21. November 1925. S. S o d a h l.

## Literatur.

„Kulturwille“. Die neueste Nummer dieser ausgezeichneten Mitteilungsblätter ist dem Film gewidmet. Neben der Presse ist wohl heute der Film das mächtigste Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Während man aber in sozialistischen Kreisen die Macht der Presse, und damit unsere Aufgaben erkennt, hat, besiegelt man mehr und mehr den Film gegenüber. Das Arbeiterbildungs-Institut hat daher die dankenswerte Aufgabe übernommen, in einem Sonderheft den Film, seine Wesen, seine Möglichkeiten, vom Standpunkt des Sozialisten aus zu untersuchen. Das Jahresabonnement des „Kulturwille“ kostet nur 3,40 Mk., die Einzelnummer 30 Pf. Der „Kulturwille“ ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Poststraße Nr. 17. Organisationsstellen erhalten bei Aufgabe von Sammelbestellungen Rabatt.

E. S e r f i u s: „Menschen und Schiffe in der kalifornischen Flotte“. Verlag S. S. Dieß Nachf., Berlin, G.B. 68. Gebunden 3,75 Mk. Kapitän A. S e r f i u s, der von Tripoli und seinem Hängewegen wegen seiner rätselhaften Artilleriebestellung Marineoffizier und tapferer Kapitän war, ist in diesem Buch der „Vielgeliebten“ Flotte des letzten Jahrhunderts die Waage herunter und zeigt dem Leser den letzten Augenblick des Schiffes. Das Buch von Serfius ist ein Stück Kulturgeschichte aus dem kalifornischen Zeitalter, und es ist wegen seiner ungewöhnlichen Schilderung der Zustände in der Flotte ein großes Verdienst. Die Schwarzweitzelungen mögen in ein Buchgeheimnis darüber ausbrechen. Die Republikanten und Postisten werden für die weiteste Verbreitung dieses Buches sorgen.

Für die Woche vom 29. November bis 5. Dezember ist die Beitragsmarke in das mit 49 bezahlte Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Unserem langjährigen Kollegen Hermann Hentschel nebst seiner wertvollen Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Glogau.

### Zahlstelle Berlin

Am Donnerstag, den 8. Dezember 1925,  
nachmittags 5 Uhr, in den „Coppiken-Gärten“,  
Coppikstraße 18

## Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag: Die heutigen Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Genosse Ditto Giesler.
2. Organisationsfragen.
3. Beschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs.

Der Ortsvorstand  
i. V.  
Ditto Giesler.

Am Dienstag, den 17. November 1925, verstarb nach langem und schwerem Leiden unser lieber Kollege

### Friedrich Starke

(Firma S. D. Küster Nachf.) im Alter von 26 Jahren.  
Ruhe in Frieden.

Zahlstelle Bielefeld.

Personenliste für Redaktion: A. S c h u l z e, Charlottenburg, Kreis-Bezirksrat 16. Referent: Ami W e i d e n 12. - Referent: S. S o d a h l Charlottenburg. - Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Buch-Druck u. Co., Berlin G.B. 68.